

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint nach Bedarf,
voraussichtlich
jeden Montag.

Das Blatt wird den Vorständen der
Zentralvereine, den Vertrauensleuten
der Gewerkschaften und den Redaktionen
der Arbeiterzeitungen gratis zugestellt.

Redaktion und Verlag:
E. Legien,
Marktstraße Nr. 15, II.
Hamburg 6.

Kongresse und Generalversammlungen.

Vierte Generalversammlung des Verbandes der Dachdecker.

Gera, 27. bis 30. Dezbr. 1897.

Anwesend sind 22 Delegirte, 3 Mitglieder des Vorstandes, 1 Mitglied des Ausschusses und der Redakteur des Fachorgans. Der Rechenschaftsbericht des Vorstandes erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Juli 1895 bis 30. Juni 1897. Der Verband stieg in diesem Zeitraum von 1516 auf 1834 Mitglieder und hatte eine Gesamteinnahme von M. 19 800. An die Hauptkasse wurden M. 9570 abgeliefert und M. 9551 verausgabt, so daß ein Kassenbestand von M. 19 verblieb. Der geringe Kassenbestand erklärt sich daraus, daß von den Filialen nicht ein bestimmter Prozentsatz an die Hauptkasse abgeführt wird, sondern die Hauptverwaltung ihre Ausgaben pro Kopf der Mitglieder verrechnet und im Umlageverfahren von den Zweigvereinen erhebt. Die Ausgaben der Hauptverwaltung beziehen sich auf persönliche und sachliche Verwaltungskosten und Agitation. Für die Streikunterstützung wird eine besondere Kasse geführt. Die Streikkasse hatte in den letzten zwei Jahren eine Einnahme von M. 4583,75 und eine Ausgabe von M. 3952,60, so daß M. 631,15 als Kassenbestand verblieben. Es fanden 10 Streiks, und zwar in den Orten Berlin, Wilhelmshaven, Essen, Darmstadt, München, Wiesbaden, Gera, Remscheid, Stettin und Heidelberg, statt. Von den Streiks wurde einer ohne Unterstützung zu Gunsten der Arbeiter entschieden, 2 gingen vollständig verloren, während 7 mit theilweisem Erfolg für die Arbeiter endeten. Bei einem der verlorenen Streiks verbreiteten die Arbeitgeber in der ganzen Gegend schwarze Listen und machten es den Streikenden durch diese Verrufserklärung unmöglich, anderweitig Arbeit zu erhalten.

In der inneren Verwaltung des Verbandes kam es in der letzten Zeit zu Streitigkeiten. Die Filiale Frankfurt a. M., welcher die Garantie für die Hauptkasse übertragen war, glaubte, daß der Vorsitzende keine geordnete Kassenverwaltung führe, und suspendirte den Vorsitzenden von seinem Amte, obgleich nach dem Statut dieses Recht nur dem Ausschuss zusteht. Dieser machte in Gemeinschaft mit dem Vorstand die Maßregel wieder rückgängig

und hatte sich in letzter Instanz die Generalversammlung mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Es wurde zu deren Untersuchung eine Kommission eingesetzt, welche zu Gunsten des Zentralvorsitzenden entschied. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution fand Annahme und wurde darauf sämmtlichen Verwaltungskörperschaften Decharge erteilt. Die Generalversammlung behandelt sodann die Frage der Arbeitsnachweise. Der Referent über diesen Tagesordnungspunkt bemerkt, daß die städtischen Arbeitsnachweise den von den Arbeitern zu stellenden Anforderungen nicht genügen. Besonders der Umstand, daß nur wenige Arbeitsnachweise bei Streiks die Arbeitsvermittlung für den in Frage kommenden Beruf einstellen, führte dazu, daß die Arbeiter diesen Instituten nur wenig Vertrauen entgegen bringen. Es sei nothwendig, gewerkschaftliche Arbeitsnachweise einzurichten, die bei richtiger Verwaltung den Organisationen große Vortheile bringen werden. Eine umfangreiche Debatte entspann sich nach diesem Referat über die Frage, ob der Arbeitsnachweis zentralisirt werden soll. Die Generalversammlung sah davon ab, eine vollständige Zentralisation der Arbeitsvermittlung durchzuführen, weil diese nach den vorhandenen Organisationsverhältnissen noch nicht angängig. Eine Art Zentralisation soll dadurch herbeigeführt werden, daß Berichte über die Lage des Arbeitsmarktes in den einzelnen Orten an die Redaktion des Fachblattes regelmäßig gesandt werden und von hieraus durch Rundschreiben allen Filialen Nachricht über den Bedarf oder Ueberschuß von Arbeitskräften gegeben wird. Eine zu wählende Zentralagitationskommission soll alle Materialien über die Arbeitsvermittlung sammeln und außerdem für die Gründung von Arbeitsnachweisen in allen Zweigvereinen Sorge tragen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist Reiseunterstützung und Arbeitslosenversicherung. Der Verband gewährte bisher keine einheitliche Reiseunterstützung, sondern überließ die Bestimmung über Höhe und Art derselben den Zweigvereinen, welche auch die Ausgaben aus ihren Mitteln zu decken hatten. Dieses System führte zur Belastung einzelner Orte und sicherte infolgedessen nicht jedem reisenden Verbandsmitgliede die gleichen Rechte. Es war deshalb fast allgemein die Neigung vorhanden,

Kontrakte bei Regierungsarbeiten in England.

Vom englischen Unterhause wurde ein Comité eingesetzt, welches die Wirkungen des Gesetzes vom Februar 1891 untersuchen sollte. Das Gesetz bestimmt, daß in allen Kontrakten, welche bei von der Regierung vergebenen Arbeiten abgeschlossen werden, eine Bestimmung aufzunehmen ist, nach welcher den Arbeitern ein auskömmlicher Lohn gesichert wird. Das Comité hat seine Arbeiten beendet und sagt bezüglich der Anwendung des Gesetzes nach dem Bericht der „Labour Gazette“ Folgendes:

Es ist nothwendig, daß in allen Regierungsabtheilungen ein einheitliches Kontraktformular gebraucht wird, was bisher nicht geschehen. Der Ausdruck im Gesetz, daß solche Löhne gezahlt werden sollen, „welche allgemein als gang und gäbe in jedem Geschäft für fähige Arbeiter anerkannt sind“, wird von jeder Abtheilung natürlich so ausgelegt, daß darunter der übliche Lohnsatz in jedem Gewerbe für fähige Arbeiter in der Gegend, wo die Arbeit ausgeführt wird, zu verstehen ist. Wenn an dieser Auslegung nicht festgehalten wird, „würde es in jedem gegebenen Falle nicht möglich sein, mit Unparteilichkeit zu entscheiden, ob der übliche Lohnsatz in Uebereinstimmung mit den Bedingungen des Kontraktes und dem Geiste des Gesetzes gezahlt wird“.

In einem solchen Falle, wie mit dem Schiff- und Maschinenbau-Gewerbe im Londoner Distrikt, möchte es aber nicht wünschenswerth sein, zu bestehen „auf eine Auslegung der Absichten des Unterhauses, welches die Wirkung haben würde, einen großen örtlichen Industriezweig zu schädigen oder selbst zu zerstören, von welchem viele Arbeiter wegen ihres Lebensunterhaltes abhängen, und welcher aus nationalen Beweggründen klüglicher Weise gehegt und aufrecht erhalten werden sollte“.

Hinichtlich solcher Punkte wie die ungerechtfertigte Beschäftigung von Frauen, Knaben, Lehrlingen usw. beim Behauen der Steine in den Steinbrüchen, anstatt auf dem Arbeitsplatze usw., ist das Comité der Meinung, daß die Entscheidung hierüber größtentheils davon abhängt, ob der Unternehmer solche Bedingungen aufzwingt, welche in dem Gewerbe nicht üblich sind, oder ob er hinsichtlich des hier fraglichen Kontraktes von seinen gebräuchlichen Arbeitsbedingungen abgesehen hat, um den Geist, wenn nicht den Buchstaben des Gesetzes zu umgehen.

Das Comité ist der Ansicht, daß Weitervergebung oder Abschließen eines Unterkontraktes vollkommen rechtmäßig ist, wo die besondere hier in Frage kommende Form des Kontraktes in dem

Gewerbe eine Gewohnheit ist, oder wo der fragliche Unternehmer während des ordnungsmäßigen Verlaufes seines Geschäfts besondere Theile seiner Arbeit weiter vergiebt oder einem Unterkontraktor zuweist.

Aber das Abschließen eines Unterkontraktes oder das Weitervergeben der Arbeit scheint dem Comité unerlaubt, wo es in dem Gewerbe nicht gewohnheitsmäßig ist, jedoch sollte der Unternehmer, welcher während des gewohnheitsmäßigen Fortganges seines Geschäfts selbst eine gewisse Arbeit ausführen wollte oder könnte, die Erlaubniß haben, dieselbe weiter zu vergeben.

Wo ein Unterkontraktor zugelassen wird, sollte der Hauptunternehmer hinsichtlich der Ausführung des Gesetzes über auskömmliche Löhne für denselben verantwortlich sein.

Das Comité billigt den Vorschlag, „daß, im Falle eine bestimmte Klage angestrengt und infolgedessen die Beschwerde erwiesen und dem Unternehmer eine Lohnerhöhung auferlegt wurde, die Lohnerhöhung rückwirkende Kraft haben soll, bis zurück auf die Zeit, wo die Beschwerde anfänglich einlief. Die Zahlung des Unterschiedes, welcher sich herausstellte, sollte dem Arbeiter, wo es nur irgend möglich ist, geleistet werden.“

Das Comité empfiehlt, daß eine Liste der Unternehmer von Arbeiten der Regierung zusammen mit dem Inhalt ihrer Kontrakte von Zeit zu Zeit dem Parlamente vorgelegt und veröffentlicht werden sollte.

„Im Hinblick auf die große Wichtigkeit, den Leuten, welche im Heere und in der Flotte gebient haben, jede Gelegenheit zu geben, Beschäftigung zu erhalten“, ist das Comité der Ansicht, „es sollten Regierungsunternehmer, welche dieserhalb angegangen werden, sich nicht weigern, diese Arbeiter mit einem Lohne anzunehmen, welcher ihrer Fähigkeit entspricht, selbst wenn dieser Lohn geringer als der gewöhnliche Lohnsatz ist, vorausgesetzt, daß die Löhne der anderen Arbeiter dadurch nicht zurückgehen.“

Das Comité ist der Meinung, daß, in Uebereinstimmung mit den Unternehmungen der Regierung im Jahre 1893, in alle zukünftigen Kontrakte eine Klausel hineingesetzt werden sollte, welche bestimmt, daß kein Unterschied (bei Annahme von Arbeitern) zwischen Mitgliedern von Gewerkschaften und Nichtmitgliedern gemacht werden darf. Dieser Zusatz sollte vom Unterhause angenommen und dem Gesetze über auskömmliche Löhne beigefügt werden.

Aus den Niederlanden.

Für die Textilarbeiter ist ein Fachorgan herausgegeben, das in Amelo, vorläufig monatlich, erscheint, bald aber in kürzeren Zwischenräumen herausgegeben werden soll. In der Gasfabrik in Arnheim ist laut Beschluß des Gemeinderathes für die Heizer der achttündige Arbeitstag eingeführt worden. Zur Unterstützung der streikenden Maschinenbauer Englands sind von dem niederländischen Arbeitersekretariat Sammellisten heraus-

gegeben worden. Bis zum 17. Dezember waren fl. 828 durch Sammlungen eingegangen. Am 9. Januar soll in Amsterdam ein Sängerkfest stattfinden, dessen Ertrag den englischen Maschinenbauern überwiesen werden soll.

Im November fand in Harlem die Generalversammlung des Eisenbahnarbeiterbundes statt. Es wurden eine Reihe Forderungen aufgestellt, durch die eine Besserung der Lage der Eisenbahn-

die Reiseunterstützung zu zentralisieren. Um auch den Verheiratheten, die ihren Wohnsitz wechseln, die Rechte wie den unverheiratheten Reisenden zu gewähren, wurde in Vorschlag gebracht, Umzugskosten zu bezahlen. Es wird beschlossen, die Reiseunterstützung zu zentralisieren und pro Kilometer mit 2 M zu berechnen. Familienväter können bei Verlegung des Wohnsitzes auf über 10 km Entfernung Umzugskosten erhalten, und zwar soll die Unterstützung in beiden Fällen den Betrag von M . 14 pro Jahr, die Reiseunterstützung aber M . 1 pro Tag nicht übersteigen. Der Vorstand wird beauftragt, zu untersuchen, ob nicht durch zu treffende Vereinbarungen mit irgend einem anderen Verband im Unterstützungsweisen eine Verbesserung zu ermöglichen ist.

Bezüglich der Arbeitsloienunterstützung wurde bemerkt, daß es zur Zeit an jeder Unterlage für Beurtheilung der Frage im Verbands fehlen, und wurde der Vorstand beauftragt, fortlaufend Erhebungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit im Dachdeckergewerbe oder zum mindesten unter den Verbandsmitgliedern zu veranstalten. Die nächste Generalversammlung soll dann auf Grund der gewonnenen Materialien über die Frage entscheiden.

Bezüglich der Lohnkämpfe betont der Referent, daß nur mit größter Vorsicht in einen Streik einzutreten ist. In erster Linie sei stets Verkürzung der Arbeitszeit zu fordern. Der Zentralvorstand müsse jedem aussichtslosen Streik die Unterstützung versagen. Ferner sei es nothwendig, rechtzeitig Mittel für die Streiks zu beschaffen. Es wird beschlossen:

„Die Zentralleitung ist verpflichtet, einen Reservefonds anzusammeln, um bei Streiks sofort Mittel zur Hand zu haben. Die laufenden Kosten werden auf die Mitglieder berechnet, und sind diese wie alle anderen Beiträge von den Filialen einzuziehen.“

Als Beitrag zu diesem Fonds hat jedes Mitglied pro Quartal 10 M zu bezahlen, und sollen außerdem durch Sammellisten weitere Mittel aufgebracht werden. Die Filialen, welche Streiks zu führen haben, müssen wöchentliche Berichte einreichen. Geschieht dieses nicht, so ist die Unterstützung von der Zentralverwaltung vorzuenthalten. Die Unterstützung soll für Verheirathete M . 2,50 und für Ledige M . 1,50 pro Tag nicht übersteigen. Die Unterstützungen sollen als vom Vorsitzenden gewährte Darlehen gelten und gegen Schuldscheine verabsolgt werden. Hierdurch sollen etwaige Streikbrecher veranlaßt werden, die zu Unrecht erhaltene Streikunterstützung zurück zu zahlen. Es wird ferner noch ein zwölf Paragraphen umfassendes Streikreglement angenommen.

Um die Unfallgefahr im Dachdeckergewerbe zu verringern, soll eine fortgesetzte Agitation betrieben werden. In jedem Frühjahr sind zu diesem Zwecke Versammlungen einzuberufen. Jeder Unfall ist von den Filialvorständen zu untersuchen und zu prüfen, durch welche Schutzvorrichtungen er hätte verhindert werden können. In Gemeinschaft mit anderen Baugewerben ist bei den zuständigen Be-

hörden dahin zu wirken, daß Baukontrollkommissionen die auch Arbeiter als Mitglieder haben, eingeführt werden.

Nachdem die Generalversammlung sich in eingehender Debatte über die zweckmäßigste Art der Agitation verständigt hat, wird der Punkt der Tagesordnung: „Hat sich in unserer Branche die Zentralisation gegenüber der Lokalorganisation bewährt?“ abgelehnt. Die Erörterung dieser Frage kann für eine Verbandsorganisation eine praktische Bedeutung nicht haben und erscheint demnach überflüssig.

Der nächste Tagesordnungspunkt ist: „Anschluß an die Generalkommission“. Prinzipielle Bedenken gegen den Anschluß werden nicht erhoben. Dagegen befürchten einige Delegirte eine größere Belastung des Verbandes durch die Beitragszahlung. Nachdem auf die Geringfügigkeit der Beitragsleistung hingewiesen und der Zweck der Generalkommission klargestellt war, wird der Anschluß in namentlicher Abstimmung mit 16 gegen 5 Stimmen beschlossen.

Die dann folgende Statutenberathung führt nur bei der Frage der Beitragserhöhung zu einer längeren Debatte. Der Beitrag betrug bisher für 36 Wochen im Jahre pro Woche 15 M und wurde für denselben Zeitraum auf 20 M pro Woche erhöht. Die Gewährung von Rechtsschutz, die bisher nur in gewerblichen Streitigkeiten eintrat, wird auch auf die aus der Versicherungs-gesetzgebung entstehenden Prozesse ausgedehnt. Es wird ferner beschlossen, daß durch das Statut bestimmt werden soll, daß Delegirte kein gebundenes Mandat annehmen dürfen. Die Kosten für die Delegation wurden bisher von den Filialen respektive den Gauen getragen und konnte jeder Gau für je 100 Mitglieder einen Delegirten entsenden. In Zukunft sind die Delegationskosten aus der Zentralkasse zu zahlen und hierzu von den Filialen pro Mitglied und Quartal an die Verbandskasse 8 M zu entrichten. Gauen bis zu 200 Mitgliedern sollen einer, bis 400 zwei und über 400 Mitglieder drei Delegirte zur Generalversammlung entsenden können.

Damit von den Behörden nicht versucht werden kann, dem Verband den Charakter einer Versicherungsgesellschaft zuzusprechen, nachdem die Unterstützungs-Einrichtungen zentralisirt sind, wird beschlossen, daß alle Unterstützungen freiwillig zu leistende seien und den Mitgliedern ein Rechtsanspruch auf dieselben nicht zustehe. Eine umfangreiche Debatte rief der Antrag, einen voll besoldeten Verbandsbeamten anzustellen, hervor. In namentlicher Abstimmung wird der Antrag mit 13 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Als Entschädigung werden dem Verbandsvorsitzenden pro Woche M . 10, dem Kassirer pro Jahr M . 200 bewilligt. Der Redakteur des Verbandsorgans erhält, wie bisher, M . 84 pro Quartal Entschädigung.

Der Sitz des Verbandes bleibt in Frankfurt a. M., der Sitz des Ausschusses wird nach Bremen und der Sitz der Agitationskommission nach München gelegt. Die nächste Generalversammlung findet 1899 in Magdeburg statt.

gestaltete. Der Bearbeiter der Statistik sagt über die Aussichten der wirtschaftlichen Konjunktur bei Gegenüberstellung der Zahlen Folgendes:

„Blicken wir auf das ganze Jahr zurück, so leuchtet ein, daß trotz aller von uns selbst oft genug betonten Mängel der bisherigen Berichterstattung die Uebereinstimmung in den Ergebnissen doch kein Zufall sein kann. Während sämtlicher zwölf Monate des Jahres ergab ausnahmslos der Vergleich mit dem entsprechenden Monat des Vorjahres ein günstiges Bild, obgleich auch 1896 schon ein Jahr des Aufschwunges gewesen war. Seit dem April, für welchen Monat zuerst der Vergleich in Form von Summenzahlen ausgeführt wurde, kamen auf 100 offene Stellen Arbeitjuchende:

	April	Mai	Juni
1896....	122,7	130,8	125,6
1897....	109,0	119,8	111,3
	13,7	11,0	14,3

	Juli	August	Septbr.
1896....	128,6	125,4	132,7
1897....	109,4	110,1	117,0
	19,2	15,3	15,7
	Okt.	Nov.	Dez.
1896....	146,7	166,5	162,2
1897....	134,9	161,5	151,4
	11,8	5,0	10,8

Der Andrang von Arbeitslosen war also stets geringer als im Vorjahre. Freilich ist unverkennbar, daß die Differenz gegen Ende des Jahres schwächer wurde (namentlich, wenn man bedenkt, daß die Differenz von 10,8 im Dezember zum größten Theil nicht auf wirtschaftliche, sondern auf Temperaturverhältnisse zu setzen ist). Ein deutliches Zeichen, daß die Vorboten einer Krisis, wie wir sie beispielsweise aus der Textilindustrie registriert hatten, sich schon in der Lage des Arbeitsmarktes bemerkbar machen.“

Mittheilungen.

Unter dem Namen „Arbeiter-Herberge“, „Zum Erlanger Hof“ (früherer Name des Gasthauses), wurde von den Gewerkschaften in Frankfurt a. M. ein Unternehmen in's Leben gerufen, welches den auf der Reise befindlichen Arbeitern billiges und gutes Logis und den Gewerkschaften eine Stätte zum geselligen Beisammensein bieten soll. Den gestellten Aufgaben wird das Unternehmen in jeder Beziehung gerecht.

Das früher als Hotel benutzte Geschäftshaus bietet in seinen wohnlichen Räumen mit seinen vollständig neuen Einrichtungen sowohl für Durchreisende, als Solche, die sich länger aufhalten, einen gemüthlichen Aufenthaltsort zu dem billigen Preise von 30 M für das Nachtquartier an.

Das Gewerkschaftskartell in Frankfurt a. M. hat vor längerer Zeit ein Streikreglement ange-

nommen, nach welchem bei Angriffsstreiks der Kartellkommission vier Wochen vor Beginn des Streiks Mittheilung zu machen ist. Streiks werden vom Kartell nur unterstützt, wenn der Zentralvorstand der im Streik befindlichen Organisation seine Zustimmung zum Streik erteilt hat. Streiks wegen Maßregelung einzelner Personen sollen möglichst vermieden werden. Auswärtige Streiks werden vom Kartell nur dann unterstützt, wenn von dem beteiligten Zentralvorstand ein Unterstützungsgeuch vorliegt. Von auswärts eingesandte Sammellisten werden nicht zurückgesandt. Die Streikunterstützung wird durch Sammellisten, die mit dem Stempel des Kartells versehen werden, aufgebracht. Ueberschüsse, welche sich aus den Sammlungen ergeben, fallen der Kasse des Kartells zu.

Zum Kampf der Maschinenbauer Englands.

Schon im September v. J. machte der Sekretär der englischen Maschinenbauerorganisation, Barnes, die Mittheilung, daß bei den zu jener Zeit regelmäßig einlaufenden Unterstützungsgeldern die vorhandenen Fonds der Organisation ausreichen würden, den Streik finanziell bis Ende des Jahres halten zu können. Dabei sollten die eisernen Fonds, die für Kranken- und Invalidenunterstützung reservirt werden müssen, nicht angegriffen werden. Diese Umstände werden auch den Unternehmern nicht unbekannt gewesen sein und auch sie werden gerechnet haben, daß der Streik mit Ende des Jahres aus Mangel an Mitteln beendet werden würde. Wahrscheinlich haben sie den Termin für das Ende noch auf einen früheren Zeitpunkt berechnet, weil sie nicht erwartet haben, daß die Hilfe vom Ausland und von den nicht beteiligten englischen Gewerkschaften so bedeutend sein würde. Beide kämpfenden Theile erwarteten, daß der Jahresluß eine entscheidende Wendung im Kampfe bringen würde. Diese Wendung ist eingetreten, aber nicht zum Schaden der Arbeiter. Die freiwillige Hilfeleistung war eine größere, als die

Leitung der Maschinenbauerorganisation angenommen hatte und die Fonds des Verbandes sind noch nicht erschöpft. Aber der Zeitpunkt, wann dieses eintreten würde, ließ sich berechnen, wenn nicht außerordentliche Hilfe kam. Noch waren die englischen Gewerkschaften nicht mit ihrer vollen Macht für die Maschinenbauer eingetreten. Geschah dies, so waren den Maschinenbauern die Mittel für mindestens eine so lange Zeit zum Kampfe gesichert, als dieser schon gedauert hat. Und es ist geschehen.

Am 1. Januar 1898 trat in London eine Konferenz der Gewerkschaften Englands zusammen, um über die weitere Unterstützung der Kämpfenden zu berathen. Es waren 198 Delegirte anwesend, die mehr als eine Million organisirter Arbeiter vertraten. Organisationen, welche keinen Delegirten entsandt hatten, gaben schriftlich ihre Zustimmung zu den Konferenzbeschlüssen und bewiesen ihre Antheilnahme durch Uebersendung größerer Hilfsmittel und Angeboten von Darlehen. Die Beschlüsse, welche die Konferenz faßte, heißen das Vorgehen der Maschinenbauer und die

angestellten herbeizuführen sei. Daß von dem Minister für Handel und Gewerbe an die Handelskammern gerichtete Rundschreiben, nach welchem Arbeitskammern zu errichten sind, wurde einer Besprechung unterzogen, und empfahl der Kongreß den Eisenbahnangestellten, sich an den Wahlen zu diesen Arbeitskammern zu betheiligen. Der Abonnementspreis des Fachorgans des Bundes wurde auf 30 Cents pro Quartal herabgesetzt. Der Beitrag zum Verbands wurde auf 13 Cents = 21 $\frac{1}{2}$ pro Monat festgesetzt. Der Bund soll sich mit anderen Eisenbahnarbeitervereinen in Verbindung setzen, um einen kürzeren Arbeitstag zu erzielen.

Infolge des Vorgehens der Bäckereiarbeiter in Haag, zur Beseitigung der Nachtarbeit am 8. Januar 1898 die Arbeit einzustellen, wurden in einer Brotfabrik 40 verheirathete Arbeiter gemahregelt. Die Gemahregelten erfreuen sich der Gunst des Publikums. Ein Theil derselben hat in einer eigenen Bäckerei Beschäftigung gefunden, für die noch Ausgesperrten sind im November fl. 1026 eingegangen. In Almelo dürfte die Beseitigung der Nachtarbeit aussichtsvoller sein. Die Bäcker haben unter dem Publikum Zirkulare verbreitet, in denen die Frage gestellt ist, ob dieses sich für die Beseitigung der Nachtarbeit erklärt. Von den 2000 verbreiteten Zirkularen sind 1800 eingegangen, welche den Bemerker tragen: „Für Abschaffung der Nachtarbeit.“

Auch die Zimmerer in Colsward haben das System angewandt, durch ein Zirkular das Publikum über eine Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit zu befragen. Der Streik der Pfahlbautenarbeiter in Amsterdam ist zu Gunsten der Arbeiter beendet, indem ihnen eine Lohnzulage von 3 Cts. pro Stunde bewilligt wurde. 14 Arbeiter wurden gemahregelt und sind zu unterstützen. Auch in Rotterdam ist ein Verein der Pfahlbautenarbeiter gegründet, der bereits 90 Mitglieder hat.

In der Fabrik von Hedemann in Almelo sind die Arbeiter seit 17 Wochen ausgesperrt, und ist ein Ende der Aussperrung noch nicht abzusehen. An Unterstützung sind bereits fl. 16 000 verausgabt.

Von dem nationalen Bund der Handels- und Comptoirbedienten ist ein Fachblatt herausgegeben, dessen erste Nummer jetzt erschienen ist. Der Bund besitzt die Rechte einer juristischen Person und erstrebt eine Besserung der Lage der Handelsangestellten. Unter Anderem soll der Zweck des

Bundes durch eine Reihe Unterstützungs-Einrichtungen erreicht werden, so durch Arbeitslosen-, Kranken-, Wittwen- und Waisenunterstützung und Gewährung von Invalidenpensionen. Als Aufgabe des Bundes ist in dem Statut auch die Examinirung von Personen im Handelsfache vorgeesehen.

Das von dem internationalen Diamantarbeiterkongreß beschlossene internationale Fachorgan ist in Amsterdam herausgegeben. Die erste Nummer des in holländischer, französischer, englischer und deutscher Sprache erscheinenden Blattes bringt eine kurze Uebersicht über die Diamantarbeiterbewegung in den einzelnen Ländern. In Antwerpen hat der Diamantarbeiterverein seine Mitgliederzahl von 600 auf 1600 erhöht. Der vom Kongreß gefaßte Beschluß, allgemein den zehnstündigen Arbeitstag in der Diamantindustrie einzuführen, wurde in Antwerpen durchgeführt, und waren die Unternehmer nach kurzem Streik gezwungen, die Forderung anzuerkennen. Heute kann die 60stündige Arbeitswoche in Antwerpen bei den Diamantarbeitern als eingeführt gelten.

In London sprachen sich die Diamantarbeiter für ein geschlossenes internationales Vorgehen aus. Der Arbeitsmarkt in der Londoner Diamantindustrie war im Oktober sehr ungünstig, und waren viele Arbeiter genöthigt, in's Ausland zu gehen. Auch in Paris ist der Arbeitsmarkt überfüllt. Von den 195 Diamantarbeitern in Paris sind ihrer Nationalität nach 98 Franzosen, 76 Holländer, 14 Belgier, 5 Engländer und 2 Türken. Die Organisationsverhältnisse sind ungünstig, verschiedene Versuche zur Organisation sind gescheitert. Nach dem internationalen Diamantarbeiterkongreß ist eine neue Organisation in's Leben gerufen, der sich 60 Personen angeschlossen. In der Schweiz sind gleichfalls die Arbeits- und Organisationsverhältnisse keine günstigen. Es fehlt vor allen Dingen an propagandistischen Kräften. Zum Schluß wird noch des nach einjähriger Dauer zu Ungunsten der Arbeiter beendeten Diamantarbeiter-Ausstandes in Hanau gedacht und bemerkt, daß die Unterstützung des Streiks durch die Verußgenossen am Orte zum Theil mangelhaft war, während vom Ausland, besonders von Amsterdam, bedeutende Unterstützung geleistet worden ist. Die Lage der Hanauer Diamantarbeiter ist nach dem unglücklichen Ausgang des Streiks eine überaus ungünstige; der Lohn ist auf M. 12 pro Woche herabgedrückt.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Jahre 1897.

Die monatlich erscheinende Schrift „Der Arbeitsmarkt“ (Herausgeber Dr. Jastrow, Expedition H. S. Hermann, Berlin SW, Deuthstr. 8, Preis jährlich M. 2) bringt regelmäßig interessante Uebersichten über das Angebot von Arbeitskräften. Erstrecken sich dieselben auch nur auf 55 deutsche und 5 ausländische Orte und auch bei diesen nur auf einen Theil der Arbeitsvermittlung, besonders auf die kommunalen Einrichtungen, so gewähren sie doch einen Einblick, in welchem Verhältnis in den einzelnen Monaten das Angebot zur Nachfrage von Arbeitskräften steht. Von 50 deutschen Orten liegen Angaben darüber vor, wie viel Angebote im Monat Dezember auf je 100 offene

Stellen kamen. Nur in 6 Orten war das Angebot geringer als die Nachfrage. Das niedrigste Angebot wies Hörde mit 55,6, dann Dortmund mit 62,2, Münster i. W. mit 61,8, Kiel mit 64,0, Nürnberg mit 95,3 und Hannover mit 96,8 auf je 100 offene Stellen auf. In allen anderen Orten waren mehr Angebote als offene Stellen. So kamen in Augsburg 438,6, in Ulm 344,0, in Heilbronn 335,3, in Cannstatt 325,8, in Kreuznach 288,8, in Ludwigsb. 260,0, in Essen a. d. R. 242,7 Angebote auf je 100 offene Stellen. Für die Gesamtübersicht der Arbeitsvermittlungstellen ergibt sich ein bedeutendes Ueberangebot von Arbeitskräften, obgleich sich die Lage gegenüber dem Jahre 1896 günstig

Ablehnung der Vorschläge der Unternehmer nicht nur gut, sondern sichern den Streikenden die nothwendige Unterstützung. Es wurde beschlossen:

1. Den Maschinenbauern zu ihrem glänzend geführten Kampf und zur nahezu einstimmigen Ablehnung der „auf die Zerstörung der wichtigsten Prinzipien des Gewerkschaftswesens abzielenden Vorschläge“ der Unternehmer zu beglückwünschen.

Zu dieser einstimmig beschlossenen Resolution ward ein Zusatz, der neben der rein gewerkschaftlichen Aktion Inanspruchnahme der Gesetzgebung und vereinte politische Aktion empfiehlt, mit 99 gegen 42 Stimmen angenommen.

2. Alle Gewerkschaften sollen sich verpflichten, eine Extrasteuer von mindestens 3 d die Woche zu Gunsten der Maschinenbauer zu erheben. Bei einer Million Beitragszahler würde dieser Mindestbetrag wöchentlich £ 12500 (M. 250 000) ergeben.

3. Den Gewerkschaften an's Herz zu legen, den Maschinenbauern durch größere Darlehen oder Geschenke einen Garantiefonds zu sichern.

4. Den Arbeitern auf dem Festlande, in Amerika und in den Kolonien wurde einstimmig der Dank der Konferenz für ihre hochherzige Unterstützung der Maschinenbauer ausgedrückt und die dringende Bitte an sie gerichtet, mit ihren Unterstützungen unablässig fortzufahren, bis der Kampf zu Ende ist.

Der Extrabeitrag von 3 d (25 %) pro Woche wurde allgemein als zu niedrig bezeichnet, doch nahm man von einem höheren Satz Abstand, um die ärmeren Vereine und die durch Streiks in Anspruch genommenen Arbeiter nicht zu sehr zu belasten. Es wird, wie gesagt worden ist, von den Arbeitern ohnehin ein höherer Beitrag geleistet werden.

Da der Vorstand der Maschinenbauer-Organisation erklärt hatte, daß ein Beitrag von £ 10000 pro Woche genüge, um den Kampf erfolgreich fortsetzen zu können, weil zu erwarten sei, daß die Hülfe vom Ausland in gleicher Höhe wie bisher kommen würde und auf Gewährung von größeren Darlehen seitens der Gewerkschaften zu rechnen sei, so ist mit diesen Beschlüssen die finanzielle Möglichkeit für die Fortführung des Kampfes gesichert.

Die Verathungen wurden mit der Ruhe und Sachlichkeit geführt, welche auf den englischen Arbeiterkongressen vorherrschen. Jede Differenz wurde vermieden, so unter Anderem der Versuch, das Parlamentarische Comité zu tadeln, daß es nicht energisch in den Kampf eingegriffen habe. Der feste und ernste Wille der Gewerkschaftsvertreter kam in den Verhandlungen zum Ausdruck, die Maschinenbauer vor dem Unterliegen im Kampfe zu bewahren. Es wurde richtig betont, daß deren Niederlage der Ausgangspunkt für die Angriffe auf die Gewerkschaftsorganisationen im Allgemeinen sein würde. Welche Wendung der Kampf nunmehr nehmen wird, ist nicht abzusehen. Einzelne Unternehmer haben nach diesen Beschlüssen sich den Anforderungen des Unternehmerverbandes gefügt und 25 Prozent ihrer Arbeiter entlassen, während sie sich bisher dem Unternehmerverband nicht angeschlossen hatten. Andere betonen ihre Friedensliebe ganz besonders und zeigen sich geneigt, mit der Arbeiterorganisation in Unterhandlung zu treten. Ob die eng-

lische Maschinenindustrie noch lange die sich von Tag zu Tag steigenden Verluste wird tragen können, ist fraglich. Der Kampf ist für die gesammte Gewerkschaftsbewegung von ausschlaggebender Bedeutung. Das organisirte Arbeiterheer Englands steht jetzt dem kapitalkräftigsten Unternehmerthum gegenüber, das ungezählte Millionen in seinen Händen vereinigt und doch nicht allmächtig ist. Die Wohlfahrt des gesammten Volkes steht auf dem Spiele, und zeigt sich die Gemeenschädlichkeit des rücksichtslosen Unternehmerthums in diesen Kämpfen in nacktester Deutlichkeit. Das Unterliegen der Arbeiter würde die Arbeiterbewegung in ihrem Fortschritt nicht hemmen, auch das Vertrauen in die Macht der Gewerkschaftsorganisation würde nur vorübergehend erschüttert werden, aber es würden Jahre mühevoller Arbeit vergehen, ehe die alten Positionen wieder erungen werden könnten. Der Sieg der Arbeiter aber würde die Gewerkschaften Englands gewaltig stärken und auch auf dem Festlande den Glauben, daß diese Organisationen berufen sind, einen wesentlichen Theil zur Lösung der sozialen Frage beizutragen, befestigen, was ganz besonders für Deutschland wünschenswerth wäre. Aus diesen Gründen ist Alles daran zu setzen, den englischen Maschinenbauern zum Siege zu verhelfen. Die rechnen darauf, daß die Hülfe der deutschen Arbeiter mindestens in der bisherigen Weise sich zeigen wird. In allen Berichten, die aus England einlaufen, wird betont, daß die aus Deutschland einlaufende Hülfe die weitgehendste Sympathie für die deutschen Arbeiter hervorruft. Was Kongresse und Korrespondenzen nicht vermochten, das wird diese Hülfeleistung in der Noth herbeiführen. Die englischen und deutschen Arbeiter werden zu einem Bündniß kommen, welches der Kapitalmacht Trotz zu bieten vermag. Es ist von der deutschen Arbeiterschaft für diesen Kampf Außerordentliches geleistet worden. Circa M. 180 000 dürften aus Deutschland an Unterstützungsgeldern nach England bis jetzt gegangen sein. Für die deutschen Verhältnisse und in Anbetracht dessen, was bisher für Streiks im Ausland geleistet worden ist, eine bedeutende Summe. Im Vergleich zu dem, was wöchentlich an Unterstützungen gebraucht wird, ist sie jedoch gering, und wollen wir hoffen, daß der Beschluß der englischen Gewerkschaftskonferenz auch die deutschen Arbeiter zu erneuter Beitragsleistung anregen wird, und die Streikenden in dem Vertrauen auf die Hülfe der deutschen Arbeiter nicht getäuscht werden. Auf ausdrücklichen Wunsch des Sekretärs der Maschinenbauerorganisation, Geo. R. Barnes, wollen wir das nachstehende Schreiben veröffentlichen, das er uns am Jahreswechsel sandte und das neben dem Dank für geleistete Hülfe die frohe Hoffnung auf einen baldigen Sieg zum Ausdruck bringt:

„Kameraden!

Nach einer Aussperrung von sechs Monaten haben die Arbeitgeber des Maschinenbaugewerbes ihre Arbeiter in einem Aufrufe aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen unter Bedingungen, welche die Arbeiter zweimal mit einer überwältigenden Mehrheit verworfen haben.

In dem Erlasse der Arbeitgeber kommen die folgenden bemerkenswerthen Worte vor:

„Der Arbeitgeberverband hofft, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo die Arbeiter den guten Willen ihrer Arbeitgeber anerkennen werden.“

Es ist nicht anzunehmen, daß sich die Arbeiter durch diesen eigenthümlichen Ausruf irreführen lassen werden, auch hat es nicht den Anschein, daß sie sobald die rücksichtslose Behandlung vergessen werden, welche ihnen und ihren Familien seitens Derjenigen zu Theil wurde, welche sie durch Hunger zwingen wollten, alle Grundsätze des Rechtes und der Manneswürde aufzugeben.

Wir sind überzeugt, daß wir in einer ganz kurzen Zeit einen vollständigen und dauernden Sieg der Arbeiter erreichen werden.

Inzwischen erkennen wir an, wie sehr wir in der Schuld bei unseren Brüdern auf dem Kontinente wegen ihrer großartigen Unterstützung sind. Diese trug in großem Maßstabe dazu bei, uns in unseren gegenwärtigen günstigen Lage zu erhalten.

In der Hoffnung, bald einen dauernden Sieg der Arbeiter melden zu können und indem wir allen unseren Mitarbeitern in allen Ländern ein glücklicheres und fröhlicheres Neujahr, als sie je erlebten, wünschen, verbleibe mit brüderlichen Grüßen

Ihr

Geo. R. Barnes.

Für die streikenden Maschinenbauer Englands gingen in der Zeit vom 30. Dezember bis 6. Januar bei der Generalkommission ein:

Hamburg, Verein d. Optik. u. Mechanik. M.	20,—	Schneider Zahlst. Hirschberg i. Schl. . . . M.	2,50
Biebrich a. Rh., Gewerkschaftskart. . . .	16,15	Müller, „ Hildesheim	3,58
Köln a. Rh., „ (8. Rate) „	100,—	„ „ Eßlingen	10,—
Berlin „ (17. Rate) „	400,—	„ „ Birna-Lohmen	8,80
Cöthen, von einer kleinen Familien-		Maler, „ Altendorf	7,84
gesellschaft d. Fuchs	4,10	Handschuhm., „ Eßlingen (6. Rate). „	10,65
Mainz, Exp. der „Volksztg.“, (3. Rate) „	100,—	Hutmacher, „ Breslau.	10,—
Vergebendorf, Ertrag einer Tellerfammlg.		„ „ Lorenz in Wülheim.	—,50
am 21. Dez. in „St. Petersburg“ „	8,30	Schmölln (S.-A.), Gewerkschaftskart. „	7,45
Schneider, Zahlstelle Hagen i. W.	10,—	Elmsborn, „ „	100,—
Lederarbeiter, „ Brandenburg.		Gannstatt, „ „	150,—
„ (6. Rate) „	25,—	Bremerhaven, „ „	100,—
Böttcher, „ Hannover		Magdeburg „ (8. Rate) „	400,—
„ (2. Rate) „	6,50	Tabakarb., Filiale Schmölln (S.-A.). „	1,30
„ „ Düsseldorf	32,85	Schmölln (S.-A.), Ueberchuß von einer	
„ „ Webel	7,85	Volkssammlung	2,—
Handelsh.-Arb. „ Wilhelmshaven „	9,35	Erfurt, durch G. Biehle	15,—
Porzellanarb. „ Bonn	2,—	Sattler u. Tapezierer, Zahlst. Hamburg „	50,—
„ „ Düsseldorf	10,—	Hamburg, gesammelt v. d. Seelenteu-	
„ „ Gotha	10,—	von den Arbeitern der chem.	
„ „ Blaue	10,—	Produktenfabrik A.-G. (4. Rate). „	14,50
„ „ Golditz	10,—	Holzarb. (Hülfsarb.), Zahlst. Hamburg „	20,—
„ „ Wittenberg	10,—	Hafenarbeiter, Mitgliedschaft Speicher-	
„ „ Ohrdruf	10,—	arbeiter Hamburg „	50,—
„ „ München	4,55	Brauer, Zahlst. Hamb., Sect. Hülfsarb. „	180,—
„ „ Moabit	20,—	Tapezierer, Zahlstelle Mannheim durch	
„ Dreherpersonal Rosenthal,		Gerberich	5,25
Selb	11,60	Mannheim, v. d. Arbeitern i. General-	
Verband der Glasarbeiter, (8. Rate). „	100,—	anzeiger durch Gerberich	9,80
Hamburg, Schauerl., Betr. Kreindel . . .	18,50	Tabakarb., Zahlst. Bischofswerda	4,15
„ „ „ Tiedemann „	56,50	„ „ Mölln i. L.	7,95
„ „ „ Ungenannt „	4,20	„ „ Bernau i. Mark.	2,20
„ „ „ F. Schulte „	29,50	„ „ Offenbach a. M.	10,10
„ „ „ B. Lobding „	7,50	„ „ Altona, List. 166, 167	
„ „ „ G. Linke	17,70	und 179, (6. Rate) „	62,60
Zigarrensort., Zahlstelle Hamburg . . .	60,—	Schmiede, „ Dresden	13,95
„ „ „ Dhlau	24,10	Handschuhm., „ Zeitz	20,—
Hamburg, d. Brandgänge im Stauerei-		Schneider, „ Brandenburg	6,75
betrieb Tiedemann	12,—	„ „ Hildesheim	10,—
Textilarbeiter, Zahlstelle Hamburg . . .	10,—	Fürth i. Bayern, Gewerkschaftskartell	
„ „ „ Chemnitz	100,—	Hamburg, Sparkl. „Genossenschaft v.	
Holzarbeiter (Hülfsarb.), Zahlstelle		1893“ (2. Rate)	20,—
Hastedt	10,—	Zigarrensort., Zahlst. Hamburg	23,75
Verband der Porzellanarbeiter	500,—	Textilarbeiter, „ Grimmitzschau . . .	30,—
Posen-Wileta, von einem organisirten		Schneider, „ Harburg (2. R.) „	9,—
Konditor	—,50	Verband der Former (3. Rate)	500,—
Böttcher-Konferenz in Barmen am		Bochum, Gewerkschaftskartell	26,—
1. Januar	8,50	Aachen, „	30,—